Artikel vom 22.08.2018 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 02:45 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/34-klimaschutz-geht-alle-an

34 - Klimaschutz geht alle an



Dr. Elisabeth Legge

Eigentlich sind die Landwirte mit der lang anhaltenden Dürre in diesem Jahr schon gestraft genug. Aber es gibt sogar Stimmen, die sie für die derzeitige Situation verantwortlich machen. Die Landwirtschaft sei schuld, heißt es. Dieser Vorwurf trifft die Landwirte hart, denn andere tragen mehr zum Klimawandel bei.

Auch wenn der Sommer 2018 noch nicht zu Ende ist, er wird in Erinnerung bleiben als einer der trockensten und heißesten Sommer überhaupt. Eisdielen und Biergärten können sich hierüber freuen, die Landwirtschaft auf jeden Fall nicht. Geringere Erträge und zu wenig Futter für die Tiere sind die Folgen. 2018 ist ein Extremjahr und es ist nicht das erste. Die vergangenen beiden Jahre warteten im Rheinland schon mit extremen Wetterbedingungen auf. Erinnern wir uns: 2016 Überschwemmungen am Niederrhein, 2017 die Frostnacht im April, die vielerorts die Obstblüte zerstörte, und der nasse Sommer, der die Erntearbeiten erschwerte oder der Sturm, der im September regelrecht Maisfelder niederlegte. Der Klimawandel ist in vollem Gange. Daran besteht kein Zweifel.

Und die Landwirtschaft trifft dieser Klimawandel. Landwirte sind die Leidtragenden, denn sie leben von der Natur und sind vom Wetter abhängig. Dass sie dabei dann auch noch als großer Verursacher der derzeitigen Dürre denunziert werden, trifft die Landwirte hart und zerrt an ihren seit längerem ohnehin dünnen Nerven. Wieder einmal wird die Landwirtschaft an den Pranger gestellt. Massentierhaltung und Monokulturen seien die echten Ursachen der Dürre, ist immer wieder zu lesen. Mancher Grünen-Politiker sieht jetzt die Zeit für eine grundlegende Wende in der Agrarpolitik gekommen. Die ökologische Landwirtschaft sei das A und O und Garant für nachhaltige Produktionsweisen.

Zugegeben, die Landwirtschaft ist Mitverursacher des Klimawandels. Aber sie ist weit davon entfernt, der größte Verursacher zu sein. Laut einer Auswertung des Umweltbundesamtes sind der Landwirtschaft in Deutschland rund 7 % der insgesamt entstehenden Treibhausgase zuzuschreiben. Im Klimaschutzplan von NRW, den die letzte Regierung aufgelegt hat, spielt die Landwirtschaft bei den Klimagasen eine untergeordnete Rolle. Die Hauptverursacher in NRW sind zum Beispiel die Braunkohleverbrennung, die Kraftwerke, der Verkehr und die privaten Haushalte.

Die Landwirtschaft hat bereits eine Menge getan zur Reduktion von Treibhausgasemissionen. Gutes Beispiel ist die moderne emissionsarme Gülleausbringung. Seit 1990 sind die Treibhausemissionen aus der Landwirtschaft bereits um 16 % gesenkt worden. Verbesserte Erträge vom Acker und höhere Leistungen der Nutztiere bei gleichzeitig geringerem Ressourceneinsatz haben dies ermöglicht. Auch der Anbau von Eiweißpflanzen als Ersatz für importiertes Soja, Erosionsschutz durch den Anbau von Zwischenfrüchten, Biogasanlagen, Photovoltaik und Windenergie sind Beispiele dafür, was aus landwirtschaftlicher Sicht getan wird, um das Klima zu schützen und Emissionen zu verringern. Vielfach vergessen wird auch eines: Jede Fläche, die bewirtschaftet wird, ist aktiver Klimaschutz, weil dort CO2 gebunden wird. Der Stopp des Flächenfraßes sollte daher zu den obersten Prioritäten der nordrhein-westfälischen Landesregierung gehören.

Klimawandel ist ein Thema, dem man sich stellen muss. Die Landwirte tun dies bereits in verschiedenster Weise, aber hier müssen sie am Ball bleiben und weiter die Dinge vorantreiben. Dabei geht der Klimawandel uns alle an. Nur gemeinsam kann man ihm entgegentreten, zusammen mit der Politik und der Wissenschaft und auch der Gesellschaft. In Sachen Klimaschutz ist jeder gefordert und sollte sich hier an seine eigene Nase packen, was er hierzu beitragen kann.

Die Landwirtschaft ist jedenfalls gefordert, das jetzige landwirtschaftliche System ein Stück weit anzupassen. Wäre es nicht sinnvoll, einen „Pakt fürs Klima und die Bauern“ zu schließen, der beschreibt, was der Einzelne beiträgt, der aber auch langfristig flankiert und Sicherheiten gibt? Dieser Vorschlag ist jedenfalls im LZ-Gespräch mit Josef Tumbrinck, Vorsitzender des NABU NRW, und RLV-Präsident Bernhard Conzen (siehe S. 14) entstanden. „Wenn das von Landwirtschaft und Umweltverbänden kommt, ist auch die Regierung mit im Boot. Die muss die Weichen und die Leitplanken definieren, an denen sich alle bewegen“, ist Tumbrinck überzeugt. Vielleicht ist ein solcher Pakt der Weg – zumindest ein Weg, über den man nachdenken sollte.